



Kacke am Dampfen

Landwirtschaft Düngemittel beeinträchtigen die Wasserqualität in Deutschland massiv. Dank der Lobbyarbeit der Bauern hat die Politik das lange ignoriert. Jetzt aber kommt Druck von der EU.

MARTIN WAGNER / IMAGO

Vorsicht, diese Geschichte handelt von Scheiße. Von Kuhfladen und Schweineschiss, von Putenkot, Hühnerkacke, Bullenpisse. Davon, wie die Exkrementen auf Feld und Wiese verteilt werden. Sie sollen die Pflanzen nähren, in Massen aber verschmutzen sie das Grundwasser.

Donnerstagmorgen im niedersächsischen Nethen. Die Realität der industriellen Landwirtschaft befindet sich in einem Röhrchen mit der Probennummer 20170404, gezogen Anfang Januar in der Weser-Ems-Region, einem Zentrum der deutschen Intensivtierhaltung. Aus zwölf Meter Tiefe haben Mitarbeiter des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbands (OOWV) Wasser abgezapft. Jetzt wird die Probe auf ihren Nitratgehalt untersucht.

Nachdem die Laboranten das Wasser durch einen Ionen-Chromatografen gejagt haben, erscheint auf dem Computerbildschirm ein Wert von 146 Milligramm. Im deutschen Trinkwasser sind 50 Milligramm Nitrat pro Liter erlaubt, denn der Stoff gilt als potenziell gesundheitsgefährdend. Der Grenzwert wird also um fast das Dreifache überschritten.

Egon Harms ist beim Wasserversorger OOWV für die Qualität des Trinkwassers zuständig. Er hat Unterlagen, die zeigen, wer für die Nitratbelastung verantwortlich ist: In Niedersachsen werden 2,6 Millionen Rinder, 10 Millionen Schweine und 100 Millionen Hühner gehalten. Sie produzieren knapp 50 Millionen Tonnen Gülle und Mist pro Jahr. Dazu kommen mehrere Millionen Tonnen Gärreste aus Biogasanla-

gen. Viehhalter und Biogasproduzenten ist es zu verdanken, dass die Nitratbelastung in den letzten zehn Jahren in bestimmten Regionen massiv gestiegen ist.

Im schlimmsten Fall, sagt Egon Harms, müssten die Wasserwerke irgendwann Entsalzungsanlagen bauen, wie man sie aus Dubai kennt, wo das Trinkwasser aus dem Meer gewonnen wird.

Die Bundesregierung kennt das Problem seit Jahren. Getan hat sie nichts – trotz der dringenden Empfehlungen von gleich drei beratenden Gremien: für Agrarpolitik, Dünge- und Umweltfragen.

Die Wissenschaftler und Experten fordern ebenso wie das Bundesumweltministerium seit Langem radikale Düngebeschränkungen zum Schutz des Grundwassers und der Artenvielfalt. Denn das Nitrat kommt vor allem über die Gülle, Kunstdünger und Gärreste in den Boden.

Ziemlich sauer reagierte deshalb der Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW), als die Regierung am 3. Januar den Nitratbericht 2016 ablieferte: Es gab wieder kaum eine Besserung. An 28 Prozent aller Messstellen überschreitet das Nitrat den im Trinkwasser erlaubten Grenzwert; 65 Prozent der Messstellen an Seen und Flüssen registrierten mehr als eine mäßige Phosphorbelastung. Die Stoffe führen zu verstärktem Pflanzenwachstum, etwa von Algen, in den Gewässern. „Die Bundesregierung muss endlich das Düngerecht verschärfen und Kontrollen einführen“, fordert BDEW-Hauptgeschäftsführer Martin Weyand. Seit fast zwei Jah-

ren werde die Umsetzung eines wirksamen Düngerechts verschleppt. Mit der Folge, dass das Wasser immer aufwendiger gesäubert werden müsse. „Es kann nicht sein, dass am Ende der Steuerzahler und Verbraucher für die Sünden der industriellen Landwirtschaft geradesteht“, sagt Weyand.

Warum aber hat die Bundesregierung nicht gehandelt? Man könnte das fahrlässig nennen. Oder es der gezielten Lobbyarbeit zuschreiben, die seit Jahren von fleißigen Bauernlobbyisten betrieben wird.

Von Leuten wie Franz-Josef Holzenkamp zum Beispiel. Der CDU-Abgeordnete und Landwirtschaftsmeister stammt aus dem Landkreis Cloppenburg, ebenfalls im Weser-Ems-Gebiet. Lange Zeit war er Vizepräsident des niedersächsischen Bauernverbandes „Landvolk“. Als agrarpolitischer Sprecher seiner Fraktion hat Holzenkamp besonders viel Macht im Ringen um die Düngeverordnung.

In seiner Rolle als Landwirt hat Holzenkamp allerdings wenig Interesse an strengeren Regeln. Auch nicht als Agrarlobbyist: Er steht dem Aufsichtsrat der Agravis Raiffeisen AG vor, die mit Düngemitteln handelt. Für diese Funktion kassiert der 57-Jährige nach Angaben der Bundestagsverwaltung zwischen 84 000 und 180 000 Euro im Jahr. Kann ein Politiker frei über Themen entscheiden, die ihn auch als Aufsichtsrat berühren? Hat ein Aufseher nicht eine Fürsorgepflicht für sein Unternehmen? Holzenkamp weist einen Interessenkonflikt „in aller Deutlichkeit“ zurück.

Interne Unterlagen aus dem Landwirtschaftsausschuss zeigen, wie er sich im Parlament für seine Klientel eingesetzt hat. Als das Gremium im Juli 2015 einen Vertreter der EU-Kommission empfing, waren die Entwürfe für die neuen Düngeregeln so gut wie fertig. Der Brüsseler nannte die Nitratbelastung durch Massentierhaltung in Deutschland ein „erhebliches Problem“. Holzenkamp konterte: Die Regeln dürften nicht zu bürokratisch werden, damit die Bauern „nicht noch mehr hinter den Schreibtisch geschickt würden“. Danach passierte anderthalb Jahre lang – nichts.

Holzenkamp ist nicht der Einzige, der gegen eine schärfere Düngeverordnung lobbyiert. Im Landwirtschaftsausschuss sitzen weitere Interessenvertreter aus dem Umfeld der Bauernverbände. Etwa der CDU-Mann Johannes Röring, Präsident des westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverbandes. Er hat einen Biogasbetrieb gegründet und hält Posten in zahlreichen landwirtschaftsnahen Unternehmen.

Oder der CDU-Politiker Waldemar Westermayer, seit 1995 Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Allgäu-Oberschwaben. Er lehnte im Juli 2015 die Verschärfung der Düngeregeln ab, weil die „Landwirtschaft damit an den Pranger gestellt und wirtschaftlich benachteiligt“ werde.

Wie kaum eine andere Berufsgruppe haben es die Bauern geschafft, ihre Interessen im Bundestag zu sichern. In den entscheidenden Ausschüssen sitzen treue Vasallen. Wenn sie nicht direkt im Verband aktiv sind, bekleiden sie Posten in Beiräten und Aufsichtsräten landwirtschaftsnaher Betriebe. Da wundert es wenig, dass die Düngeverordnung bis heute nicht verschärft wurde, 25 Jahre nach der Verabschiedung der EU-Nitratrichtlinie.

Nun aber, unter dem Druck der EU, soll eine Novellierung des Düngegesetzes kommen. Denn im April vergangenen Jahres verklagte die Europäische Kommission Deutschland nach mehrfacher, aber wirkungsloser Warnung wegen des anhaltenden Verstoßes gegen die Nitratrichtlinie. Wird die Bundesrepublik verurteilt, droht eine empfindliche Strafe plus weitere Zahlungen für jeden Tag, an dem der Verstoß anhält. Es geht um viele Millionen.

Eine solche Ohrfeige scheint die Regierung im Wahljahr nicht gebrauchen zu können – nur so ist zu erklären, warum sich nach langem Stillstand nun doch etwas tut.

Am Mittwoch dieser Woche kamen Vertreter von Bund, Ländern und den Koalitionsfraktionen zusammen. Ausgerechnet CDU-Mann Holzenkamp verkündete hinterher, man habe „im Grundsatz eine Einigung über die Inhalte von Düngegesetz und Düngeverordnung erzielt“. Er sei zuversichtlich, „dass die Koalitionsfraktionen das Düngegesetz noch im Januar abschließend beraten können“.

Der Entwurf, der jetzt vorliegt, ist ein Kompromiss – der den einen zu weit geht, den andere aber gern verhindert hätten.

So habe ein Landvolkverband nahe Cloppenburg seine Mitglieder aufgerufen, möglichst viele Eingaben zu formulieren, um den Prozess zu lähmen, berichtet Niedersachsens grüner Landwirtschaftsminister Christian Meyer. 600 Stellungnahmen seien beim Ministerium eingegangen – fast alle kamen aus Niedersachsen.

Klar ist: Wird der Entwurf zum Gesetz, ist er eine Verbesserung.

Dann würden auch die Gärreste aus Biogasanlagen begrenzt und kontrolliert. Auch die Zeiträume, in denen nicht gedüngt werden darf, sollen verlängert werden. Bei Zuwiderhandlung gegen die Stickstoffobergrenze droht jetzt eine Zwangsberatung, dann ein Bußgeld. Ebenfalls neu: Die Gülle muss innerhalb einer Stunde in den Boden eingearbeitet werden, um klimaschädliche Ammoniakemissionen zu minimieren.

Das Herzstück der Reform jedoch ist die Einführung einer Hoftorbilanz, die so nicht heißen darf, weil der Begriff eine Forderung der Grünen ist. Sie heißt jetzt „Stoffstrombilanz“ und soll erstmals verpflichtend alle Nährstoffe auflisten, die in einen Betrieb rein- und aus ihm rausgehen: Wie viel Futter ist reingekommen, wie viel Dünger gekauft worden, was wurde geerntet, wie viel verkauft? Betrug und Schwindel, wie er bei der bisherigen Feld-Stall-Bilanz leicht möglich war, werden damit erschwert.

Das Verständnis der Bauern für die Düngebeschränkungen ist wenig ausgeprägt, sagt Minister Meyer. Die Region Cloppenburg-Vechta habe nach seinen Zahlen zwei Drittel der Gülle aus der Region wegschaf-

fen müssen, rausgegangen sei aber nur ein Drittel. Ungestraft. Auch der Nährstoffbericht Schleswig-Holstein zeigt, dass sich nur etwa die Hälfte aller Landwirte an die Grundsätze der guten fachlichen Praxis halten, die sie so gern zitieren.

Unmöglich ist das nicht: Ihre Kollegen in Dänemark und den Niederlanden wirtschaften mit deutlich strengeren Düngegesetzen.

Einen großen Haken hat die Stoffstrombilanz allerdings: Sie soll von 2018 an nur für Großbetriebe mit hohem Viehbestand gelten, erst von 2023 an müssen alle bilanzieren.

Ein „trojanisches Pferd“ nennt das der Grünen-Abgeordnete und Biobauer Friedrich Ostendorff deshalb. Er hat errechnet, dass nur ein Bruchteil der Tiere Einzug in die Bilanz fände. Nötig wäre, alle in die Rechnung aufzunehmen.

Ostendorffs Meinung wird von vielen Kennern geteilt, auch vom Kieler Professor Friedhelm Taube, Experte im agrarpolitischen Beirat. Dennoch begrüßt er die Novelle als einen richtigen Schritt. Trotz aller Schwächen stelle das neue Düngepaket einen Paradigmenwechsel dar: „Erstmals steht die Vermeidung negativer ökologischer Effekte gleichberechtigt neben der Pflanzenernährung, erstmals ist die Ertragsmaximierung nicht wichtiger als die Ökoeffizienz. Damit werden die guten Betriebe für die Einhaltung der Regeln belohnt.“

Weniger gnädig äußert sich Manfred Niekisch, Professor für internationalen Naturschutz und im Beirat für Umweltfragen: „Das ist kein Paradigmenwechsel. Die Schwächen im neuen Entwurf sind nicht beseitigt.“ Nach wie vor richteten sich das Düngegesetz und die Düngeverordnung danach aus, was für die Bauern praktikabel sei, und nicht nach den Lösungen des Stickstoffproblems.

Die Maßnahmen seien insgesamt zu schwach, der Vollzug und die Kontrolle bisher noch ungenügend, um wirklich eine spürbare Entlastung zu bringen, so Niekisch. „Mit dieser Düngeverordnung wird es nicht gelingen, die Vorgaben der EU zu erfüllen.“ Die Wasserversorger teilen seine Skepsis.

Statt Ressortgerangel und Interessenausgleich wünscht sich Niekisch eine zentrale Strategie aus dem Kanzleramt. „Das Stickstoffproblem wird von der Bundesregierung sträflich unterschätzt.“

Um es zu lösen, müsste nach Meinung von Niekisch eine Agrarwende eingeleitet werden. „Den Bauern, die sich selbst so gern als Bewahrer der Scholle sehen, sollen öffentliche Gelder nur noch zukommen, wenn sie auch öffentliche Güter wie gesunde Nahrung und gesunde Umwelt produzieren. Das wäre der Paradigmenwechsel, den wir brauchen.“



Wasserwerker Harms

Entsalzungsanlagen wie in Dubai

NIKOLA WOLFF / DER SPIEGEL

Sven Becker, Michaela Schießl